

L3-Ä1 Demokratie braucht Erinnerung – Aufarbeitung von Stasi-Unrecht umfassend absichern

Antragsteller*in: Falk Jagszent (KV MSE)

Änderungsantrag zu L3

Von Zeile 54 bis 57 einfügen:

- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern, dass die Gedenkstätten und Erinnerungsorte erhalten werden, zugänglich bleiben und für aktive Auseinandersetzungen mit ihrer Geschichte an den authentischen Orten genutzt werden müssen. Dafür sehen wir zuvorderst Bund und Land und nachrangig die Kommunen in der Pflicht. Sich für diese Aufgabe konzeptionell auf rein ehrenamtliche Träger zu verlassen, wird der Größe der Aufgabe nicht gerecht und überfordert das Ehrenamt.

Begründung

Es gibt Fälle im Land (z.B. ehemalige Stasi-U-Haftanstalt Neustrelitz), bei der die Aufgabe, die Erinnerung zu bewahren und darüber hinaus politische Bildung zu betreiben, bei ehrenamtlichen Strukturen wie eingetragenen Vereinen abgeladen wird. Kein öffentlicher Träger bekennt sich bisher zu einer Übernahme der Verantwortung.

Dies kann kein Konzept des Landes sein, da der Fall eintreten kann, dass ehrenamtliche Vereine z.B. mangels Personal die Arbeit einstellen müssen. Wir erwarten, dass die öffentliche Hand ihre Verantwortung auch für diese Erinnerungsorte wahrnimmt. Die Einbeziehung von "Erinnerungsorten", die keine "Gedenkstätten" im Sinne der förderrechtlichen Definition sind, ist ergänzend wichtig.

Unterstützer*innen

Silke Gajek (KV Schwerin); Claudia Schulz (KV Rostock); Johann-Georg Jäger (KV Rostock); Anett Kindler (KV Vorpommern-Rügen); Alexander Krüger (KV Vorpommern-Greifswald); Ralf-Peter Hässelbarth (KV Mecklenburgische Seenplatte)